

**Bekanntmachung
des Sächsischen Staatsministeriums des Innern
und des Sächsischen Staatsministeriums
für Umwelt und Landwirtschaft
zu geänderten Zuständigkeiten bei der Beteiligung von Trägern öffentlicher
Belange bei der Bauleitplanung**

Vom 15. Dezember 2004

Gemäß dem Gesetz über die Verwaltungsorganisation des Freistaates Sachsen (Sächsisches
Verwaltungsorganisationsgesetz – [SächsVwOrgG](#)) vom 25. November 2003 (SächsGVBl. S. 899), geändert durch
Artikel 1 des Gesetzes vom 5. Mai 2004 (SächsGVBl. S. 148), werden zum 1. Januar 2005 die Staatlichen
Umweltfachämter in die Regierungspräsidien und die Stellen für Gebietsgeologie in das Landesamt für Umwelt
und Geologie eingegliedert.

Im Rahmen der nach dem [Baugesetzbuch \(BauGB\)](#) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004
(BGBl. I S. 2414) geforderten Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange in der
Bauleitplanung sind entsprechend dieser Eingliederung die geänderten Zuständigkeiten zu berücksichtigen.

Bei der Aufstellung von Bauleitplänen sind hiernach

1. das Regierungspräsidium für Belange der Umwelt und
2. das Landesamt für Umwelt und Geologie für Belange der Geologie

regelmäßig zu beteiligen.

Unter Berücksichtigung der Besonderheiten des Einzelfalles sind weitere Träger öffentlicher Belange zu beteiligen,
wie das Landesamt für Umwelt und Geologie, soweit Belange des Strahlenschutzes, des Fluglärms und
Anlagen nach [Störfall-Verordnung](#) berührt sind.

Dresden, den 15. Dezember 2004

Sächsisches Staatsministerium des Innern

Rooks

Abteilungsleiter

Sächsisches Staatsministerium

für Umwelt und Landwirtschaft

Vorberger

Abteilungsleiter

Enthalten in

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft über die
geltenden Verwaltungsvorschriften des Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft

vom 29. November 2005 (SächsABl.SDr. S. S 909)